

Dringliche Anfrage

Hannover, den 18.06.2018

Fraktion der FDP

Ankerzentrum - Wer erarbeitet die innenpolitischen Konzepte der Landesregierung?

Im Koalitionsvertrag der rot-schwarzen Landesregierung ist ab Zeile 966 festgehalten: „Unser Ziel ist es, alle Asylsuchenden durch das BAMF in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu registrieren. Auch die Stellung des Asylantrags soll dort erfolgen. Personen mit einer absehbaren rechtlichen oder faktischen Bleibeperspektive sowie Familien sollen anschließend auf die Kommunen verteilt werden. Kurzfristig realisierbare Rückführungen sollen aus den Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgen. Das gilt für diejenigen Asylbewerber, die nach der Dublin-Verordnung in einen anderen Mitgliedstaat zu überstellen sind.“

Am 15. Juni 2018 wurde in Hannover von Vertretern der CDU-Fraktion das Papier „Ankerzentrum - Konzeptskizze für ein 4-Säulen-Modell“ mit Vorschlägen für ein oder mehrere geplante Ankerzentren für Asylsuchende in Niedersachsen der Presse vorgestellt. Medienberichten zufolge war dieses Vorgehen vorher nicht mit dem Koalitionspartner SPD bzw. mit der gesamten Landesregierung abgestimmt worden.

Laut Onlineausgabe der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (Artikel „CDU überrumpelt SPD mit Vorschlag zu Ankerzentren“, abrufbar unter www.noz.de) äußerte sich ein Vertreter der SPD-Fraktion dazu mit den Worten: „Wir sehen keinen Bedarf für eine Neukonzeptionierung unserer Erstaufnahmeeinrichtungen.“

Laut übereinstimmenden Medienberichten wurde anlässlich der wenige Tage zurückliegenden Konferenz der Innenminister auch das Thema Ankerzentren intensiv erörtert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Mitglieder der Landesregierung hatten vor dem 15. Juni 2018 Kenntnis davon, dass an diesem Tag die CDU-Fraktion im Landtag einen Vorschlag zur Ausgestaltung der geplanten Ankerzentren in Niedersachsen vorlegt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Vorschläge des Papiers „Ankerzentrum - Konzeptskizze für ein 4-Säulen-Modell“ inhaltlich, politisch und juristisch?
3. Welche Verabredungen, Absprachen oder Zusagen wurden zwischen der Landesregierung und Vertretern der Bundesregierung seit der letzten Befassung des Landtags mit dem Thema Ankerzentren am 17. Mai 2018 in dieser Sache getroffen?

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 18.06.2018)